

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

7. Sitzung
6. Mai 2022

Beginn: 09.04 Uhr
Schluss: 10.43 Uhr
Vorsitz: Robert Schaddach (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

[0020](#)
Sport

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

**hier: Einzelplan 05 – Kapitel 0510 bis 0512,
Kapitel 1250: Maßnahmengruppe 05 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Inneres, Digitalisierung und Sport alle Maßnahmen
mit Sportbezug**

**Kapitel 2705: Aufwendungen der Bezirke – Inneres,
Digitalisierung und Sport -
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird folgender Vorgang einbezogen:

Sammelvorlage SenInnDS – IV A 2 – vom 14.04.2022	0020-2
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023	Sport
Beantwortung der Fragen aus der 1. Lesung	

Hierzu liegen vor:

- | | |
|--|---------------------------------|
| a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU | 0020-3
Sport |
| b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion | 0020-4
Sport |
| c) Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke | 0020-5
Sport |

Allgemeine Aussprache

Stephan Standfuß (CDU) kritisiert, dass nicht genügend Zeit gewesen sei, die Berichte der Senatsverwaltung – Vorgangsnummer 0020-2 – angemessen zu studieren. Seiner Auffassung nach müsse der Opposition dafür mehr Zeit eingeräumt werden.

Die Kapitel 0510 bis 0512 des Einzelplans 05 böten kaum Spielraum, Mittel zu verschieben. Insofern sei es schwierig, neue Dinge im Sport zu beantragen, für die hohe Summen als Gegenfinanzierung benötigt würden. Die Koalitionsfraktionen hätten es sich leicht gemacht und in ihren Anträgen bezüglich der Gegenfinanzierung auf den Hauptausschluss verwiesen. Seine Fraktion habe im Hinblick auf eine seriöse Haushaltspolitik auf solche Anträge verzichtet.

Im Hauptausschuss werde seine Fraktion den Rückstau bei der Sportstättenanierung ansprechen, wobei unklar sei, welche Summe dafür benötigt werde. Klar sei hingegen, dass die vorgesehenen Mittel nicht ausreichen und ein Konzept zur langfristigen Abarbeitung des Sanierungsstaus erforderlich sei.

Ein weiteres Problem, das mit der wachsenden Bevölkerung einhergehe, sei das Fehlen von Sportstätten. Beispielsweise könnten noch vorhandene Grantplätze mit Kunstrasen und Flutlichtanlagen ausgestattet werden, um dort dauerhaft Sport anbieten zu können. Viele Sportstätten benötigten eine Überdachung. Wenn möglich, müsse insbesondere an Neubaustandorten nicht nur eine Halle untergebracht werden, sondern gleich mehrere.

Die Gegenfinanzierung für die heute vorliegenden Änderungsanträge seiner Fraktion stamme aus Titel 70100 – Sanierung und Modernisierung des Olympiaparks. Das bedeute nicht, dass seine Fraktion beim Olympiapark keinen Handlungsbedarf sehe. Man gehe aber nicht davon aus, dass die Mittel in den verbleibenden anderthalb Jahre vollständig ausgeschöpft werden könnten.

Die Sportzentren im Olympiapark und in Hohenschönhausen und die dazugehörigen Schulen benötigten die im Haushalt eingestellten Mittel und darüber hinaus noch weitere Gelder, aber dies müsse im Hauptausschuss erörtert werden, um eine seriöse Gegenfinanzierung zu erreichen. In der existierenden Konzeptstudie zum Olympiapark vermisse er einige Punkte, beispielsweise werde der Hertha BSC darin nicht behandelt, obwohl es sich um den Hauptnutzer der Anlage handle. Außerdem fehlten darin Überlegungen zum wettbewerbsgerechten Ausbau des Schwimmstadions. Insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Olympiabewerbung Berlins, für die er sich ausspreche, sei das erforderlich.

In Berlin bestehe ein Mangel an Wasserflächen. Gerade in den Randbereichen Berlins sei es für einige Schulen schwierig, das Schulschwimmen zu organisieren, weil der Weg zum nächsten Schwimmbad weit sei. Er spreche sich deshalb für den Erhalt und die Erweiterung von Wasserflächen in den Außenbezirken aus. Bedauerlich sei zudem, dass der Bau des Multifunktionsbads in Mariendorf zurückgestellt worden sei. Eine mögliche Alternative sei der Verzicht auf teure Multifunktionsbäder zugunsten weniger kostenintensiver Wasserflächen.

Offensichtlich mache der Senat Fortschritte bei der Umgestaltung des Jahn-Sportparks. Die Gründe für die Aufteilung in zwei Bauabschnitte seien nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion rege an, im Hauptausschuss eine Verpflichtungsermächtigung zu beschließen, die eine zeitnahe Umsetzung des zweiten Bauabschnitts sicherstelle.

Seine Fraktion schlage vor, den aufgrund der Coronapandemie eingerichteten Rettungsschirm für den Sport zu erweitern, sodass die Vereine auch Kosten, die ihnen durch die Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine entstünden, decken könnten.

Seine Fraktion beantrage mehr Geld für die Schulschwimmzentren und hoffe, dass die Koalitionsfraktionen dem zustimmten.

Dirk Liebe (SPD) vertritt die Ansicht, dass Berlin mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf und den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen die wichtigste Sportmetropole Deutschlands bleibe. In der zweiten Sitzung des Ausschusses am 11. Februar 2022 habe Senatorin Spranger die sportpolitischen Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre vorgestellt und ein klares Bekenntnis zur Förderung des Breiten-, Gesundheits-, Spitzen-, Freizeit-, Vereins-, Schul- und Hochschulsport abgegeben.

Ihm liege die Förderung des Inklusionssports besonders am Herzen. Mit einer besonderen finanziellen Unterstützung von Special Olympics Berlin, dem Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband, insbesondere dem Teilansatz für die Inklusion im Sport, und der Weiterentwicklung des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks zum Inklusionssportstandort sei ein politisches Zeichen gesetzt worden. Die Regierungskoalition bekenne sich klar zur UN-Behindertenrechtskonvention und dem damit verbundenen Staatsziel einer inklusiven Gesellschaft für alle ohne Hemmnisse.

Der Sport sei ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Umso wichtiger sei es, die Wettbewerbsfähigkeit der Sportflächen weiterzuentwickeln. Die Teilnahme Berliner Mannschaften an Deutschen Meisterschaften verpflichte die Landespolitik, Rahmenbedingungen für die Erfolge in

den nächsten Jahren sicherzustellen. Dazu gehörten die Fortführung des Sportanlagensanierungsprogramms, wie im Haushalt beschrieben, und die Unterstützung aller Profivereine bei der Entwicklung bzw. dem Neubau eigener Sportstätten. Er denke dabei besonders an den 1. FC Union und an Hertha BSC.

Der Vorwurf der CDU daran, dass die Koalition große Finanzaufgaben an den Hauptausschuss abgebe, stehe im Widerspruch zur Feststellung von Herrn Standfuß, dass im Einzelplan 05 keine Finanzierung von Projekten in Millionenhöhe zu realisieren sei.

Gunnar Lindemann (AfD) betont die Bedeutung des Sports auch für die AfD und verweist im Übrigen auf die schriftliche Begründung der Änderungsanträge seiner Fraktion.

Klara Schedlich (GRÜNE) stellt fest, dass Berlin untrennbar mit Sport verbunden sei. Die Coronapandemie habe dem Profi-, Amateur- und Breitensport stark zugesetzt. Mit Rettungspaketen und kreativen Lösungen sei es gelungen, das Sporttreiben weiterhin zu ermöglichen. Die Pandemie sei noch nicht beendet, und die Vereine müssten weiterhin vom Land Berlin unterstützt werden. Die Lockdownphasen hätten aber auch gezeigt, wie wichtig der Sport für die physische und psychische Gesundheit der Menschen sei, wie stark seine identitätsstiftende und soziale Wirkung sei und wie gut er Menschen mitreißen könne. Das treffe sowohl für aktiven als auch für passiven Sport zu.

Berlin sei stolz auf seine Profivereine. Die Grundlage für den Profisport sei aber der Breitensport, und seinen Bedarfen müsse die Politik gerecht werden.

Der Doppelhaushalt 2022/2023 spiegele die momentane Aufbruchsstimmung wieder. Sport betreffe neben den Vereinsmitgliedern, den Sporttreibenden und den Ehrenamtlichen auch diejenigen, die im Sport beschäftigt seien. Mit mehr Geld für Übungsleiterinnen und Übungsleiter und für Trainerinnen und Trainer im Jugendsport werde eine Perspektive geschaffen. Um für Eltern die Anmeldung und Kommunikation und für Vereine die Planungssicherheit zu erhöhen, werde die Digitalisierung vorangetrieben.

Frauen- und Mädchensportprojekte würden im Doppelhaushalt weiterhin unterstützt. Er werde aber noch nicht annähernd so viel Geld für Frauen- wie für Männersport ausgegeben werde, sei es noch ein langer Weg.

Die Zuschüsse für fair gehandelte Sportausstattung unterstützten die Vereine dabei, ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden.

Nicht zuletzt seit der Ukraine Krise hätten die Sportvereine bewiesen, wie wichtig die Rolle der Sportvereine bei der Integration sei. Geflüchtete Menschen aus der Ukraine, insbesondere Kinder, würden in Berliner Vereinen willkommen geheißen. Im Haushalt werde das mit zusätzlichen Mitteln für den Ausbau und die Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation geflüchteter Menschen aktiv unterstützt.

Der Berliner Sport benötige mehr zukunftsfähige Sportstätten. Besonders groß sei der Nachholbedarf bei inklusiven Sportstätten. Mit den Sanierungsplänen für den Jahn-Sportpark und der Austragung der Special Olympics seien hierbei Fortschritte gemacht worden. Berlin müsse ein besseres Zuhause für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung werden.

Sandra Brunner (LINKE) macht auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag aufmerksam, das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen und das gemeinsame Sporttreiben zu unterstützen. Sport sei nicht nur wichtig für die Gesundheit, sondern er sei auch ein sozialer Ankerpunkt in den Kiezen und Vereinen. Partizipation und Inklusion seien die Leitmotive der Regierungskoalition im vorliegenden Haushaltsentwurf, und das spiegele sich auch in den vorliegenden Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen wieder. Viele Punkte knüpften dabei an den Vorgängerhaushalt an. Sie räume aber ein, dass viele Sanierungs- und Investitionsbedarfe bei den Bädern und Sportanlagen auch im anstehenden Haushalt nicht befriedigt werden könnten.

Der Koalition sei es wichtig gewesen, dass die Fördervereinbarung mit dem Landessportbund fortgeschrieben und besser ausgestattet werde. Die Bedeutung des Breitensports sei durch Aufwüchse im Bereich der Übungsleiterinnen und Übungsleitern und bei den Trainerinnen und Trainern unterstrichen worden. Der Rettungsschirm für den Sport zur Bewältigung der Coronafolgen werde ebenfalls fortgeschrieben.

Das Anliegen der CDU-Fraktion, die Schwimmzentren stärker zu unterstützen, sei sinnvoll, müsse aber in Richtung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie adressiert werden.

Viele Sportvereine leisteten seit Jahren gute Arbeit bei der Integration Geflüchteter. Deshalb halte sie es für richtig, das „Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ fortzuführen und zu erweitern.

Bedauerlicherweise gebe es auf den Sportplätzen nach wie vor Tötlichkeiten, Beleidigungen, Diskriminierungen, Rassismus, Homophobie und Sexismus. Vor diesem Hintergrund werde man alle Aktivitäten unterstützen, die sich dagegen wendeten. Schon der letzte Senat habe die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ aufgelegt. Auch im Sportbereich seien damit wichtige Projekte des Lesben- und Schwulenverbands, des Berliner Fußball-Vereins und von Seitenwechsel e. V. finanziert worden. Diese Förderung von LSBTIQ-Sportlerinnen und -Sportlern solle fortgesetzt werden.

Es sei geplant, eine Anlaufstelle für physische, psychische und sexualisierte Gewalterfahrungen und Diskriminierungen im Sport einzurichten, und dafür werde Vorsorge im Haushalt getroffen.

Die Special Olympics seien ein besonderes Anliegen der Koalitionsfraktionen. Darüber hinaus werde die Verbandsförderung verstetigt.

Der inklusive Ausbau des Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks sei mit dem Realisierungswettbewerb für das Stadion angeschoben worden. Damit aber auch beim Sportpark Fortschritte möglich seien, solle ein Haushaltstitel für einen dritten Bauabschnitt eingerichtet werden.

Staatssekretärin Nicola Böcker-Giannini (SenInnDS) betont die Bedeutung Berlins als wichtigste Sportmetropole Deutschlands. Der Sport in der Stadt trage zur Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner bei. Berlin sei die Heimat herausragender Proficlubs und Austragungsort verschiedener nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen.

Der Schul-, Vereins- und Individualsport verdeutlichen mit ihrer Vielfalt und ihren Integrationsmöglichkeiten die Wertigkeit des Sports. Voraussetzung dafür sei ein finanzieller Rahmen, der mit dem Haushaltsentwurf gegeben sei.

Trotz der Notwendigkeit, im Einzelplan 05 investive pauschale Minderausgaben in Höhe von 6 Mio. Euro aufzulösen, sei es gelungen, in den Jahren 2021 bis 2023 eine Steigerung der Gesamtausgaben des Sporthaushalts – von 164,5 Mio. Euro, über 191 Mio. Euro bis zu 195,2 Mio. Euro – zu erreichen. Demnach liege der Aufwuchs bei 18,7 Prozent. Grund dafür seien hauptsächlich die Großveranstaltungen Basketball-Europameisterschaft 2022, Special Olympics World Games 2023 und UEFA EURO 2024. Ohne die Veranstaltungsmittel betrage der Aufwuchs noch 4,2 Mio. Euro im Jahr 2022 und 6,5 Mio. Euro im Jahr 2023. Diese Steigerungen seien im Jahr 2022 insbesondere auf die pandemiebedingten Ausgaben für den Rettungsschirm und die Offensive Sportmetropole zurückzuführen. Aber auch mehr Mittel für Sportfördermaßnahmen, eine Anpassung der Betriebskostendeckung der Berliner Bäder-Betriebe und höhere Ausgaben für die Bauunterhaltung der zentralen Sportstätten – vor allem im Jahr 2023 – seien darin enthalten.

Die Förderung des Sports sei ein Schwerpunkt der Sportverwaltung. Man habe im Haushaltsplanentwurf wichtige Akzente für die Entwicklung der Sportmetropole Berlin gesetzt. Neben den bereits erwähnten Großveranstaltungen wolle man besonders die Vereine stärken, deren Bedeutung in der langen Pandemiezeit besonders bewusst geworden sei. Aber gerade der organisierte Sport habe unter der Pandemie gelitten. Nun für die Sportförderung würden deshalb 2 Mio. Euro mehr bereitgestellt. Die zusätzlichen Mittel sollten u. a. die Vereinsarbeit durch hauptberufliche Verwaltungskräfte und mehr Kinder- und Jugendtrainerinnen und nun-trainer stärken.

Der Betriebskostenzuschuss für die Berliner Bäder-Betriebe sei auskömmlich ausgestattet worden, damit sowohl der Vereins- und Schulsport als auch die Öffentlichkeit ausreichend Wasserzeiten bekämen. Gleichzeitig werde damit der Finanzbedarf des vorliegenden Unternehmensvertrags abgedeckt. Insgesamt würden 1,3 Mio. Euro bzw. 4 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt.

Der Ansatz für das Sportstättenanierungsprogramm der Bezirke sei im Jahr 2023 mit 18 Mio. Euro unverändert fortgeschrieben worden. Das entspreche dem, was die Bezirke derzeit umsetzen könnten.

Darüber hinaus sei es gelungen, insbesondere im Jahr 2023 die Ausgaben für die Instandhaltung und Sanierung der zentralverwalteten Sportstätten zu erhöhen. Es sei erforderlich, veraltete Sportstätten zu sanieren oder durch zeitgemäße Neubauten zu ersetzen. Die Anforderungen an Inklusion, Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit seien zu berücksichtigen. Konsequenterweise bleibe die Instand- und Bauunterhaltung der zentralen Sportstätten wichtig. Folglich beinhalte das Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Hochbau - entsprechende Mittel. Für den Olympiapark bedeutet das, dass weiterhin 6 Mio. Euro pro Jahr zur Umsetzung der laufenden Maßnahmen veranschlagt seien.

Um die Inklusion im Sport voranzubringen werde der Friedrich-Ludwig-Jahnsportpark einschließlich des Stadions inklusiv ausgebaut.

Vorsitzender Robert Schaddach stellt fest, die Generalaussprache sei damit beendet.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport - Sport -

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen

Änderungsantrag lfd. Nr. 1 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	+ 100.000 Euro
2023	+ 150.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen

Änderungsantrag lfd. Nr. 2 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	+ 348.000 Euro
2023	+ 363.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Änderungsantrag lfd. Nr. 3 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	- 40.000 Euro
2023	- 40.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Änderungsantrag lfd. Nr. 4 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2023 - 30.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben

Änderungsantrag lfd. Nr. 5 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022 - 20.000 Euro

2023 - 20.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin

Änderungsantrag lfd. Nr. 6 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2023 - 150.000 Euro

VE 2022 - 150.000 Euro

VE 2023 - 150.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Staatssekretärin Nicola Böcker-Giannini (SenInnDS) erwähnt, dass die Verwaltung einer Ansatzkürzung kritisch gegenüberstehe, da in dem Titel Ausgaben für die strategische Ausrichtung der Sportmetropole Berlin, nachhaltige Sport-Standortmarketing-Effekte und die Zusammenarbeit mit BerlinPartner u. a. enthalten seien.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 68426 – Zuschuss für die Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023

Änderungsantrag lfd. Nr. 9 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022 + **2.900.000 Euro**
2023 + **4.900.000 Euro**

VE 2022 + **4.900.000 Euro**

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Klara Schedlich (GRÜNE) stellt fest, dass es einen finanziellen Mehrbedarf zur Durchführung der Special Olympics Weltspiele gebe. Dieser werde zum Teil vom Bund übernommen, und der Landesanteil sei im Änderungsantrag enthalten.

Stephan Standfuß (CDU) kündigte die Enthaltung seiner Fraktion an, da die antragstellenden Fraktionen vom Hauptausschuss eine Finanzierung erwarteten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 68482 – Zuschüsse an Sportorganisationen

Änderungsantrag lfd. Nr. 4 Fraktion der CDU

Begründung zum Änderungsantrag: Der Corona-Rettungsschirm hat den Berliner Sportvereinen ein Überleben während der Corona-Pandemie ermöglicht. Inzwischen stehen die Vereine vor neuen Herausforderungen. Zahlreiche Vereine ermöglichen es geflüchteten Kindern und Jugendlichen, kostenfrei an ihrem Sportangebot teilzunehmen und leisten hierdurch einen immens wichtigen Beitrag zur Integration dieser Kinder. Dauerhaft werden die Vereine dies jedoch nicht ohne finanzielle Hilfe fortführen können. Deshalb sollen die Mittel aus dem Corona-Rettungsschirm künftig den Vereinen auch für die Bewältigung der Kosten aus dem Bereich Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung): Ausgaben für den Hilfsfonds Sportvereine und -verbände zur Abmilderung finanzieller Notlagen von Sportorganisationen aufgrund der Corona-Einschränkungen (Ausgabenersatz an den Landessportbund Berlin, der die Auszahlung durchführt; 5,33 Mio. Euro). Darüber hinaus Zuschuss an die DKLB-Stiftung aufgrund zusätzlicher Finanzierungen durch Unterschreitung/Wegfall bisheriger Fördergrenzen zur Abmilderung pandemiebedingter Folgen bei Vereinen der 1. Bundesliga (350.000 €). Im IST 2020 sind 3,5 Mio. € für den Hilfsfonds und 235.000 € für die Bundesligistenförderung angefallen. Zudem können Vereine, die es geflüchteten Kindern und Jugendlichen ermöglichen, am Vereinsangebot teilzunehmen und somit die Integration dieser Kinder und Jugendlichen unterstützen, finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der entstehenden Mehrkosten aus diesem Titel erhalten.

Stephan Standfuß (CDU) führt aus, dass seine Fraktion hier die Ausweitung des Corona-Rettungsschirms für den Sport auf Ausgaben für die Betreuung von Geflüchteten beantrage.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Änderungsantrag lfd. Nr. 7 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	+ 110.000 Euro
2023	+ 310.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Einführung TA 2 (neu) „Maßnahmen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“: Stärkung IGSV

Einführung TA 3 (neu) „Unabhängige Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport“

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):

Bildung einer Tabelle

TA 2:

Ansatz 2022: 110.000 Euro

Ansatz 2023: 110.000 Euro

Der zweite Absatz wird neu gefasst: „Fortsetzung der Finanzierung der in 2021 geförderten Träger.“

TA 3:

Ansatz 2022: 0 Euro

Ansatz 2023: 200.000 Euro

Absatz 3 wird ergänzt: „Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport“

Sandra Brunner (LINKE) konstatiert, dass es hier um die Weiterfinanzierung von drei Projekten im Bereich „geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ gehe, die vom Lesben- und Schwulenverband, vom Berliner Fußball-Verband und von Seitenwechsel e. V. durchgeführt würden.

Darüber hinaus sehe der Änderungsantrag vor, für die „Unabhängige Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport“ im nächsten Jahr 200 000 Euro zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretärin Nicola Böcker-Giannini (SenInnDS) weist darauf hin, dass die Verwaltung die Einrichtung der „Unabhängigen Anlaufstelle Gewalt und Diskriminierung im Sport“ derzeit nicht für unbedingt erforderlich halte, da das Bundesministerium des Inneren und für Heimat eine entsprechende Förderung anstrebe. Insofern werde es für sinnvoll gehalten, zunächst das Ergebnis der Diskussionen auf Bundesebene abzuwarten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 68419 – Förderung des Sports

Änderungsantrag lfd. Nr. 8 Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	+ 820.000
2023	+ 1.115.000
VE 2022	+ 30.000
VE 2023	+ 75.000

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Verstärkung TA 2 „Übungsleiterinnen und Übungsleiter“ zur Gewinnung, Ausbildung und Beschäftigung von Übungsleiterinnen in Vereinen u.a. im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten

Verstärkung TA 3 „Sporttrainer*innen im Jugendsport“ wegen Mehrbedarfs

Verstärkung TA 10 „Fairtrade im Sport“ wegen Fortschreibung des Ansatzes von 2021

Verstärkung TA 14 „Teilhabeprogramm“ wegen Mehrbedarfs

Verstärkung TA 19 „Förderung des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands Berlin e. V. (BSBerlin) ab 2023 wegen Mehrbedarfs

Verstärkung TA 21 „Berliner Fußball-Verband für das Mädchen-Fußballprojekt: Fortschreibung des Ansatzes von 2021

Verstärkung TA 23 „Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ wegen Mehrbedarfs

Verstärkung TA 25 „Beratungskampagne „Inklusion durch Sport“ des BSBerlin“ wegen Mehrbedarfs

Verstärkung TA 29 „Verbandsförderung Special Olympics“ zur Stärkung der Verbandsstruktur für die nachhaltige Förderung des Gedankens der Special Olympics in Berlin

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)

Anpassung der Tabelle:

TA 2:

Ansatz 2022: 3.311.000 Euro

Ansatz 2023: 3.461.000 Euro

Ergänzung der Erläuterung:

„Mehrbedarf zur Gewinnung, Ausbildung und Beschäftigung von Übungsleiterinnen in Vereinen u.a. im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten“

TA 3:
Ansatz 2022: 1.453.000 Euro
Ansatz 2023: 1.903.000 Euro

TA 10:
Ansatz 2022: 50.000 Euro
Ansatz 2023: 100.000 Euro

TA 14:
Ansatz 2022: 514.000 Euro
Ansatz 2023: 564.000 Euro

TA 19:
Ansatz 2022: 116.000 Euro
Ansatz 2023: 136.000 Euro

TA 21:
Ansatz 2022: 170.000 Euro
Ansatz 2023: 170.000 Euro
Erläuterungen werden angepasst.

TA 23:
Ansatz 2022: 1.000.000 Euro
Ansatz 2023: 900.000 Euro
Erläuterungen werden angepasst.

TA 25:
Ansatz 2022: 60.000 Euro
Ansatz 2023: 60.000 Euro

TA 29:
Ansatz 2022: 100.000 Euro
Ansatz 2023: 200.000 Euro

Dirk Liebe (SPD) führt aus, dass die Koalitionsfraktionen im Teilansatz 2 zusätzliche Mittel beantragten, um die Vereine bei der Integration von Geflüchteten zu unterstützen.

Zum Teilansatz 10: Es sei erforderlich, immer wieder auf den Aspekt Fairtrade im Sport hinzuweisen, denn insbesondere, was die Angebotspalette angehe, bestehe noch Verbesserungsbedarf.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Änderungsantrag lfd. Nr. 1 Fraktion der CDU

Teilansatz neu „Zuschuss an den Berliner Schwimm-Verband“

2022	+ 125.000 Euro
2023	+ 1 25. 000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Die Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrern beim Schwimmunterricht durch Trainerinnen und Trainer des Berliner Schwimm-Verbandes hat sich als erfolgreiches Modell etabliert. Diese Kooperation soll ausgebaut werden.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):

zweckgebundener Zuschuss an den Schwimm-Verband zum Ausbau der Organisation in den Schulschwimmzentren.

Stephan Standfuß (CDU) informiert, dass hier der in seinem Eingangsstatement erwähnte Ausbau der Schulschwimmzentren mit einer Mittelverstärkung unterstützt werden solle.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab.

Änderungsantrag lfd. Nr. 2 Fraktion der CDU

Teilansatz Nr. 10

2022	+ 75.000 Euro
2023	+ 75.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

Nachhaltigkeit erfordert Konzepte auf allen Ebenen des täglichen Lebens, auch im Sport. Der Einsatz von fair gehandelter Sportausstattung, wie zum Beispiel Textilien, sollte daher fortgeführt werden. Viele Produkte werden unter teils unwürdigen Bedingungen im Ausland hergestellt, diesen Trend sollte Berlin als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit durchbrechen.

Stephan Standfuß (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion mehr Mittel für Nachhaltigkeit für erforderlich halte.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab.

Änderungsantrag lfd. Nr. 3 Fraktion der CDU

Teilansatz Nr. 23

2022	+ 300.000 Euro
2023	+ 300.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

Die Reduzierung für die Jahre 2022 und 2023 erfolgte als Anpassung an den Bedarf. Angesichts der neuen aktuellen Herausforderungen als Folge des Ukrainekrieges wird die Integration Geflüchteter künftig nach wie vor dringend erforderlich sein.

Stephan Standfuß (CDU) weist darauf hin, dass seine Fraktion im Teilansatz 23 zusätzliche Mittel zur Integration Geflüchteter beantrage.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab.

Änderungsantrag lfd. Nr. 1 AfD-Fraktion

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Berücksichtigung von VBB Tickets für alle Sporttrainer mit entsprechender Trainerlizenz, die sich ehrenamtlich engagieren. Dies betrifft nachfolgende Abschnitte:

TA 3 Sporttrainerinnen und Sporttrainer mit Schwerpunkt im Kinder- und Jugendsport.

TA 7 Trainerinnen und Trainer für den Spitzensport.

b) Verbindliche Erläuterung:

Der Senat wird verpflichtet, ein Umsetzungskonzept binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorzunehmen.

c) Anbringung Haushaltsvermerke:

2,5% der Mittel für die Tickets werden bis zur Vorlage eines Umsetzungskonzepts gesperrt

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag lfd. Nr. 2 AfD-Fraktion

2022	+ 25.000 Euro
2023	- 25.000 Euro

zu TA 10 und 18:

Begründung zum Änderungsantrag:

Der TA 10 sollen gestrichen werden und die freiwerdenden Mittel TA 18 zugeführt werden. Die vorgeschlagenen Mittel zur Förderung des Förderprogramms zur Beschaffung von „Fairtrade-Sportmaterialien“ können einen besseren Ansatz finden, in dem die Bezuschussung der Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG (TA 18, jährlich: 70.000 EURO) um die Summe des Teilansatzes für Fairtrade im Sport (50.000 EURO) aufgestockt wird. Der Hauptgrund für die Aufstockung ist ein Mangel an Rettungsschwimmern – laut „Der Tagesspiegel“ vom 20.04.2022 sind es derzeit mindestens 50 für Berlin: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wegen-corona-pandemie-in-berlin-fehlen-mindestens-50-rettungsschwimmer/28264426.html>

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ohne Aussprache ab.

Titel 68467 – Zuschuss an das Sekretariat für Sportwissenschaft und Leibeskörpererziehung

Änderungsantrag lfd. Nr. 10 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2023	- 150.000 Euro
-------------	-----------------------

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Staatssekretärin Nicola Böcker-Giannini (SenInnDS) bittet zu bedenken, dass der Ansatz Personalkosten enthalten. Es müsse geprüft werden, ob eine Mittelstreichung Auswirkungen auf möglicherweise eingegangene vertragliche Verpflichtungen habe.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag zu.

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäder

Änderungsantrag lfd. Nr. 3 AfD-Fraktion

2022	- 500.000 Euro
2023	- 500.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Die Einsparungen bzw. die Kürzungen sollen im Bereich des gehobenen Managements und / oder durch Umstrukturierung erreicht werden.

Die eingesparten 10.000.000 EURO sollen wie folgt angesetzt werden:

- 5.000.000 EURO insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 für bessere Ausbildung bei den Berliner Bäderbetrieben
- 3.500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 für Entwicklung eines Mitarbeiterpools der Berliner Bäderbetriebe
- 500.000 insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 für Aufstockung der Gehälter des mittleren Managements der Berliner Bäderbetriebe (Bädermanager)
- 500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 für die Erarbeitung der Stadtentwicklungspläne der Bezirke im Bereich Sport. (Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres, Digitalisierung und Sport)
- 500.000 EURO insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 für die sofortige Gründung eines professionellen Management- und Controlling-Teams (Titel 89201 - „Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen“)

b) Verbindliche Erläuterung:

Die Berliner Bäder Betriebe sind verpflichtet, die Entwicklung folgender drei Konzepte binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorzunehmen:

- Verbesserung der Ausbildung
- Gut bezahlter, flexibler Mitarbeiterpool
- Verbesserung der Gehaltsbedingungen des mittleren Managements

c) Anbringung Haushaltsvermerke:

25% der Mittel für die Gehälter im gehobenen Management werden bis zur Vorlage der drei Konzepte gesperrt.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ohne Aussprache ab.

Titel 83110 – Kapitalzuführung an die Berliner Bäderbetriebe

Änderungsantrag lfd. Nr. 4 AfD-Fraktion

2023 - 7.500.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Bau von drei Schwimmbädern (25m, 6-7 Bahnen) mit Traglufthallen, vorrangig in Marzahn-Hellersdorf und zwei weiteren Bezirken mit auf lange Sicht geschlossenen Schwimmbädern. Die Kosten pro Schwimmbad mit Traglufthalle sollen nicht mehr als 2.500.000 Euro betragen.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):

Durch den Bau der Traglufthallen-Schwimmbäder ist das Freiluftbad auch ganzjährig im Winter nutzbar. Hierdurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Nichtschwimmer-Quote v.a. bei Kindern deutlich zu verringern. Ebenso erhalten die Vereine erweiterte Möglichkeiten zur Schwimmbadnutzung.

Die Finanzierung erfolgt haushaltsplanübergreifend. Der Senat soll sich dafür einsetzen, dass aus den Mitteln zur Beschaffung der elektrisch betriebenen BVG-Busse die Finanzierung für die dringend notwendigen Bäder geschaffen wird.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ohne Aussprache ab.

Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Inverstoren

Änderungsantrag lfd. Nr. 12 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	+ 6.000.000 Euro
2023	+ 7.800.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

Erhöhung des investiven Zuschusses für die BBB wegen gestiegenen Bedarfs.

Dies betrifft unter anderem:

Mehrbedarf Paracelsusbad Erhöhung laufende Sanierungskosten; Sanierung Außenflächen Sommerbäder; größere technische und bauliche Instandhaltungsmaßnahmen zur Betriebssicherheit einzelner Bäder.

Mittel in H. v. 1,8 Mio. Euro sind 2023 vorgesehen für Planungskosten eines Badneubaus in Marzahn-Hellersdorf.

Der Hauptausschuss wird gebeten, diesen Mehrbedarf einzelplanübergreifend zu decken.

Sandra Brunner (LINKE) begründet den Änderungsantrag mit dem hohen Sanierungsbedarf der Berliner Bäder-Betriebe.

Wichtig seien u. a. Mittel für den Neubau eines Bades in Marzahn-Hellersdorf, für das der Bezirk lange gekämpft habe.

Stephan Standfuß (CDU) kündigt für seine Fraktion an, den Mehrbedarf der Berliner Bäder-Betriebe gegebenenfalls noch einmal im Hauptausschuss zu thematisieren. Auch wenn seine Fraktion das Anliegen der Koalitionsfraktionen nachvollziehen könne, werde sie sich heute aufgrund der fehlenden Gegenfinanzierung enthalten.

Dirk Liebe (SPD) wendet ein, dass Mehrbedarfe in der Höhe, wie sie hier bestünden, nicht aus dem Einzelplan 05 aufgebracht werden könnten. Insofern sei es sinnvoll, bezüglich der Finanzierung auf den Hauptausschuss zu verweisen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 89201 – Zuschüsse an private Unternehmen für Inverstoren

Änderungsantrag lfd. Nr. 5 AfD-Fraktion

2022	+ 500.000 Euro
2023	+ 500.000 Euro+

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Mehr für sofortige Gründung eines professionellen Management- und Controlling-Teams, das für die Gewährleistung des 100% Abrufs aller zur Verfügung gestellten Sanierungsmitteln zuständig sein wird. Insbesondere für Aufbau, Planung, Kontrolle und Durchführung der kompletten zur Verfügung stehenden Zuschüsse für Investitionsmittel.

Die zusätzlichen Mittel für die Jahren 2022 und 2023 sollen aus dem Titel 68506 (Zuschüsse an die Berliner Bäderbetriebe) zur Verfügung gestellt werden, sowie für alle weiteren Jahre.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):

Der Senat verpflichtet sich, ein professionelles Management- und Controlling-Team zu gründen, das für die Gewährleistung des 100% Abrufs aller zur Verfügung gestellten Sanierungsmitteln zuständig sein wird. Insbesondere für Aufbau, Planung, Kontrolle und Durchführung der kompletten zur Verfügung stehenden Zuschüsse für Investitionsmittel.

Ein Personalkonzept soll sofort oder spätestens binnen drei Monate seit dem Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes vorgelegt werden.

c) Anbringung Haushaltsvermerke:

25% der Mittel für die Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen werden bis zur Vorlage des Personalkonzeptes gesperrt.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ohne Aussprache ab.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte

Änderungsantrag lfd. Nr. 11 Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	- 200.000 Euro
2023	- 300.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):
Vom Ansatz 2023 sind 150.000 Euro für ein externes Gutachten über Bedarf und Entwicklungspotenzial zur Digitalisierung der Vereinsarbeit im Sport vorgesehen

Staatssekretärin Nicola Böcker-Giannini (SenInnDS) weist darauf hin, dass die Verwaltung die Streichung kritisch sehe. Der Titel habe bisher immer als „Spardose“ gedient, und wenn er nahezu gestrichen werde, sei das problematisch.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen

Änderungsantrag lfd. Nr. 13 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	+ 100.000 Euro
2023	+ 100.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Titel 54077 – Steuern, Abgaben

Änderungsantrag lfd. Nr. 14 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	- 102.000 Euro
2023	- 102.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Kapitel 0512 – Sportforum Berlin

Titel 54077 – Steuern, Abgaben

Änderungsantrag lfd. Nr. 15 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022	- 20.000 Euro
2023	- 20.000 Euro

a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen - Hochbau –

Titel 70100 – Sanierung und Modernisierung des Olympiaparks

Änderungsantrag lfd. Nr. 5 Fraktion der CDU

2022	- 500.000 Euro
2023	- 500.000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

Ein Abruf der Mittel in Maßnahme UK 110 in 2021 ist nicht vollständig erfolgt. Auch das geringe IST 2020 lässt eine vollständige Inanspruchnahme der Mittel für die Jahre 2022 und 2023 nicht erwarten (minus 500.000 € jährlich).

Stephan Standfuß (CDU) teilt mit, dass die Absenkung zur Gegenfinanzierung der Änderungsanträge seiner Fraktion diene. Die CDU gehe davon aus, dass in den kommenden anderthalb Jahre die Gesamtsumme von 6 Mio. Euro nicht voll ausgeschöpft werde und eine Reduzierung deshalb möglich sei, ohne das Projekt zu gefährden.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab.

Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, - 1. Bauabschnitt - (Abriss des alten Stadions und Herrichtung von Sportanlagen)

Änderungsantrag lfd. Nr. 16 Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*

Redaktionelle Änderungen:

Änderung des Titels: Friedrich-Ludwig- Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung, - 1. Bauabschnitt - (**Abriss oder Teilabriss** des alten Stadions und Herrichtung von Sportanlagen)

Änderung im Erläuterungstext:

Im Rahmen des 1. Bauabschnitts erfolgt der **Abriss oder Teilabriss** des alten Stadions sowie die Herrichtung von Sportanlagen zwecks temporärer Mitnutzung als Ausweichsportstätte. Im Anschluss an den 1. Bauabschnitt wird im 2. Bauabschnitt der **Neubau** errichtet **oder es erfolgt der Umbau** des Stadions.

Klara Schedlich (GRÜNE) führt aus, dass durch die redaktionellen Änderungen die Ergebnisoffenheit des laufenden Wettbewerbs verdeutlicht werden solle. Diese Begründung gelte auch für den Änderungsantrag lfd. Nr. 17.

Stephan Standfuß (CDU) erklärt, dass seine Fraktion im Änderungsantrag nicht zustimme, da er die Option des Umbaus des Stadions enthalte.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

**Titel 70143 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung –
2. Bauabschnitt - (Neubau des Stadions)**

Änderungsantrag lfd. Nr. 17 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):

Redaktionelle Änderungen:

Änderung des Titels:

Friedrich-Ludwig- Jahn-Sportpark Sanierung und Modernisierung - 2. Bauabschnitt -
(**Neubau oder Umbau** des Stadions)

Änderung im Erläuterungstext:

Hierzu gehören der Neubau oder Umbau des großen Stadions. Im Anschluss an den
1. Bauabschnitt wird im 2. Bauabschnitt der **Neubau** des Stadions errichtet **oder es
erfolgt der Umbau** des Stadions.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

**Neuer Titel 70510 – Modernisierung und Sanierung des Friedrich-Ludwig-
Jahn-Sportparks, 3. Bauabschnitt: Ertüchtigung des übrigen Geländes**

Änderungsantrag lfd. Nr. 18 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022 + **100.000**

2023 + **100.000**

VE 2022 + **100.000**

VE 2023 + **100.000**

a) Begründung zum Änderungsantrag:

Für die weitere Planung und Realisierung des Gesamtgeländes des Jahnsporthparks ist
finanzielle Vorsorge zu treffen.

b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung):

Ertüchtigung des übrigen Geländes

Bedarfsprogramm und Planungsunterlagen für den Sportpark (3. Bauabschnitt) sind
im Zuge des Realisierungswettbewerbs zu konkretisieren.

c) Anbringung Haushaltsvermerke:

Finanzierung des Ansatzes erfolgt aus Kp. 1250. Aufnahme in die Finanzplanung
von Berlin

Klara Schedlich (GRÜNE) erklärt, dass mit diesem Titel sichergestellt werden solle, dass
nicht nur die Sportanlagen auf dem Gelände tüchtig würden, sondern auch die übrigen Flä-
chen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport –

Titel 51915 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlage – Schulsanierungsprogramm und Sportanlagenanierungsprogramm

Änderungsantrag lfd. Nr. 19 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2023 + 4.000.000

Begründung zum Änderungsantrag:

Mehrbedarf insbesondere infolge von Baukostensteigerung. Der Hauptausschuss wird gebeten, diesen Mehrbedarf einzelplanübergreifend zu decken.

Dirk Liebe (SPD) weist darauf hin, dass die Preise für Kunstrasenplätze und andere Maßnahmen an Sportanlagen gestiegen seien. Um dafür einen Ausgleich zu schaffen, müsse der Ansatz erhöht werden.

Stephan Standfuß (CDU) äußert die Befürchtung, dass die beantragte Ansatzserhöhung nicht ausreiche. Um den Sanierungsrückstau bei den Berliner Sportanlagen abzubauen, sei ein Konzept erforderlich.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Neuer Titel bei Kapitel 2705 für Mittel zur Planung und Realisierung von außerschulischen Sportmehrbedarfen bei der Realisierung von Schulsporthallen im Rahmen der BSO

Änderungsantrag lfd. Nr. 20 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

**2022 + 5.000.000
2023 + 20.000.000**

Begründung zum Änderungsantrag:

Mehrbedarf zur Planung und Realisierung von außerschulischen Sportmehrbedarfen in den Bezirken bei der Realisierung von Schulsporthallen im Rahmen der BSO.

Der Hauptausschuss wird gebeten, diesen Mehrbedarf einzelplanübergreifend zu decken.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag ohne Aussprache zu.

Neuer Titel: Einrichtung eines Landesprogramms für Sanierung, Modernisierung und Unterhaltung zentral verwalteter Sportanlagen

Änderungsantrag lfd. Nr. 21 Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

2022 + **10.000.000**

2023 + **10.000.000**

VE 2022 + **10.000.000**

VE 2023 + **10.000.000**

Begründung zum Änderungsantrag:
struktureller Mehrbedarf bei der nachhaltigen und klimagerechten Sanierung, Modernisierung und Unterhaltung zentral verwalteter Sportanlagen.

Dies betrifft unter anderem:

Velomax Hallenbetrieb GmbH für die Durchführung von größeren Bauunterhaltungsmaßnahmen und Ersatzbeschaffungen in Velodrom und Max-Schmeling-Halle;

Olympiapark/Olympiastadion: diverse bauliche und technische Sanierungsmaßnahmen zur Betriebssicherung;

Sportforum: Mehrbedarf wegen Baukostensteigerungen der großen Turnhalle und wegen der Umstellung der Beleuchtung

Der Hauptausschuss wird gebeten, diesen Mehrbedarf einzelplanübergreifend zu decken.

Dirk Liebe (SPD) schickt vorweg, dass im Einzelplan 05 keine Gegenfinanzierung für die Einrichtung eines Landesprogramms zur Sanierung, Modernisierung und Unterhaltung zentral verwalteter Sportanlagen gefunden werden könne. Allein für die Sanierung Maifeldtribüne im Olympiapark würden 1,5 Mio. Euro benötigt. Hinzu kämen 2,7 Mio. Euro für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen und für Mehrbedarfe wegen Baukostensteigerungen beim Sportforum Berlin. Der Mehrbedarf für den Olympiapark betrage 5,5 Mio. Euro. Es gehe um die Unterhaltung der Grundstücke, die Sicherung des Schwimmstadions usw.

Wenn diese Maßnahmen nicht ergriffen würden, müsse man in den Folgejahren mit noch höheren Kosten rechnen. Deshalb sei dieses Sofortprogramm ein wichtiges Anliegen der Koalitionsfraktionen.

Stephan Standfuß (CDU) stellt fest, dass seine Fraktion ein derartiges Programm im Hauptausschuss unterstützen werde. Die CDU werde dazu noch ein eigenes Konzept vorlegen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag zu.

Der **Ausschuss** nimmt alle in der Sammelvorlage – Vorgangsnummer 0020-2 – enthaltenen Berichte ohne Aussprache zur Kenntnis – siehe Beschlussprotokoll.

Schlussabstimmung

Der **Ausschuss** empfiehlt, die Kapitel 0510, 0511 und 0512 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Es wird empfohlen, das Kapitel 1250, Maßnahmengruppe 05 - alle Maßnahmen mit Sportbezug - unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Es wird empfohlen, das Kapitel 2705 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.